

o.713.212.1 - PDO/SDM
 o.715.14
 o.320.Au
 o.301.Au

Bern, den 8. August 1991

an	LC	JF	LO	AF			ala
Datum		19.8.					20.8.
Visa	~	2	LO				7
16. AUG. 1991							
Ref. 331.022 u'ob.							

Notiz an:

- Politische Abteilung I
- Politische Abteilung III
- SKH
- DIO: . Koordinator Ost- und Mitteleuropa
 - . Berater für europäische Weltraumzusammenarbeit
 - . Sektion UNO
 - . Sektion Umwelt
 - . Sektion Kultur und UNESCO
 - . NSUK
- Botschaft Wien) mit bestem Dank für
- Mission Wien) ihre Unterstützung
- Mission New York
- Mission Genf
- Délégation UNESCO, Paris

Gespräche von Herrn Botschafter Jean-Pierre Keusch in Wien

Vom 11. bis 13. Juni weilte der Unterzeichnete für eine Reihe von bilateralen und multilateralen Gesprächen in Wien. In der Beilage erhalten Sie die folgenden Berichte über diese Reise:

1. Gespräch mit dem Direktor des UN-Drogenkontrollprogramms (UNDCP).
2. Gespräch mit dem Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs für Bürofragen in Wien.
3. Gespräch mit dem Leiter der Abteilung "Wissenschaft, Forschung, Weltraum, Erziehung" im österreichischen Aussenministerium.

(Behandelte Themen: Die Zusammenarbeit mit Osteuropa. Zusammenarbeit Schweiz - Oesterreich im Kulturbereich. UNESCO. CERN. ESA.)

4. Gespräch mit dem Chef der Abteilung "Internationale Organisationen" im österreichischen Aussenministerium.

(Behandelte Themen: Die UNO nach der Golfkrise. Peace Keeping. Europäisches Katastrophenhilfekorps. Umwelt: Vorbereitung der UNCED. Sitzstaatfragen.)

Direktion für internationale
Organisationen
Der Direktor



(Jean-Pierre Keusch)

Kopien: HO, GRU, PDO

Gespräch von Herrn Botschafter Keusch (KJP) mit Herrn Giorgio Giacomelli (G.), Direktor des UNO-Drogenkontrollprogramms (UNDCP) in Wien, 12. Juni 1991

Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschafter Vettovaglia, Mission Wien, und Frau Dominique Petter, EDA/DIO (Protokoll)

Einleitend betont Giacomelli, dass er sich sehr freue, mit schweizerischen Gesprächspartnern zusammenzutreffen, da die **Schweiz für das UNDCP ein wichtiges Geberland** sei. Auch äussert er sich **befriedigt** über die Absichten der Schweiz, die **Drogenkonventionen der UNO zu ratifizieren**.

Zur momentan laufenden **Reorganisation** der UNO-Drogenstrukturen meint G., die Fortschritte entsprächen der Erwartungen. Die Drogenbekämpfungsstrukturen der UNO hätten sich unabhängig voneinander entwickelt, und ihre Integration in eine einheitliche Organisationsform erweise sich als nicht einfach. Man dürfe jedoch bei einer solchen Restrukturierung nicht zu ehrgeizig sein. Vielmehr gehe es ihm darum, die Kohärenz der Arbeiten sicherzustellen. Ein grosses Problem sei die Diskrepanz zwischen der Menge der zu lösenden Aufgaben und den Mitteln, die ihm dafür zur Verfügung stünden. Andere offene Fragen liessen sich eher auf psychologische Gründe zurückführen. Das INCB, welches von Anfang an gegen eine integrierte Struktur gewesen sei, leiste immer noch einen gewissen Widerstand; die Probleme sollten aber demnächst gelöst werden können. Auf eine Frage von KJP räumt G. ein, dass auch mit dem INCB-Sekretariat noch gewisse Differenzen bestehen. Zwar werde die Rolle des Sekretariats innerhalb der UNO-Drogenbekämpfungsstrukturen durch die Reorganisation nicht direkt tangiert, G. würde jedoch eine Oeffnung des Sekretariats befürworten, während dieses seine Arbeiten weiterhin als vertraulich klassifizieren möchte. G. erklärt, er müsse in erster Linie die **Bedürfnisse der Mitgliedstaaten** berücksichtigen. Gleichzeitig gehe es darum, **Ziele, Mittel, Strukturen und Methoden in Einklang zu bringen**.

Das **Budget** des UNDCP besteht einerseits aus dem durch die 5. Kommission der UNO-Generalversammlung und das ACABQ genehmigte reguläre Budget und andererseits aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten. Da der Anteil dieser freiwilligen Beiträge gross ist, werden die Einflussmöglichkeiten der **grossen Geberländer** durch die Restrukturierung nicht tangiert. Die **informelle Zusammenarbeit** dieser Länder sei für das UNDCP sehr wertvoll, da diese Gruppe mit ihrem eingeschränkten Teilnehmerkreis sehr effiziente Arbeit liefere. G. wünscht allerdings, dass der Anteil der ungebundenen freiwilligen Beiträge gegenüber den gebundenen Mitteln erhöht wird.

- 2 -

Auf eine Frage von KJP nach den **prioritären Aktivitäten** des UNDCP antwortet G., das UNDCP sähe seine Aufgabe vor allem in den **Bereichen Beratung ("Consulting") und Ueberwachung ("Monitoring")**. So habe es unter anderem eine Anfrage Perus erhalten, mit welcher es gebeten wird, die Ueberwachung der Durchführung eines Vertrags zu übernehmen, den Peru mit den USA über die Drogenbekämpfung abgeschlossen hat.

Abschliessend überreicht KJP G. ein **Memorandum** (Beilage), in welchem die Schweiz ihren Entschluss darlegt, einen Teil ihres Beitrags für den Fonds (UNFDAC) zur **Finanzierung eines Expertentreffens** zu bestimmen. ("INCB Advisory Expert Group for the assessment of substances under article 12 of the 1988 Convention").



D. Petter

Gespräch von Herrn Botschafter Keusch (KJP) mit Victor Vislykh (V.), Vertreter des UNO-Generalsekretärs für Sitzstaatfragen in Wien, 12. Juni 1991

Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschafter Vettovaglia, Mission Wien, und Frau Petter, EDA/DIO (Protokoll)

Einleitend weist KJP auf die Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens bei der Weiterentwicklung der UNO-Sitze in Wien und Genf hin. Er bittet V. um eine Darlegung der Situation in Wien und um seine Einschätzung der allgemeinen Entwicklungen im Bereich UNO-Sitzstaatfragen.

V. erweist sich als eher vorsichtiger Gesprächspartner; gleich zu Anfang relativiert er seine Aussagen mit dem Hinweis auf die Ablehnung der Ausstellung "Expo 95" in der konsultativen Volksabstimmung. Dadurch sei die österreichische Planung für die Weiterentwicklung des Standorts Wien vor eine völlig neue Situation gestellt worden, weshalb es jetzt auch für ihn unmöglich sei, definitive Aussagen zu machen. Im Verlauf des Gesprächs betont V. mehrmals, er drücke nur seine persönliche Ansicht aus, und er spreche "off the record".

Von den österreichischen Behörden sei in nächster Zeit ein Angebot für die Erstellung von zwei neuen Bürohochhäusern für Institutionen der Vereinten Nationen in Wien zu erwarten. Allerdings werde sich Oesterreich nicht fest verpflichten, sondern werde erst einmal wissen wollen, durch welche Organisationen die neuen Räumlichkeiten belegt würden, zudem werde das Angebot an die Bedingung geknüpft werden, dass die Gebäude tatsächlich voll ausgenützt würden.

Aus Sicht der UNO müsse die Planung unter Berücksichtigung aller UNO-Zentren durchgeführt werden, wobei den einzelnen Standorten themenbezogene Funktionen zugewiesen werden sollten. Dies hänge unter anderem von der Prioritätensetzung bei den politischen Problemen der Zukunft ab.

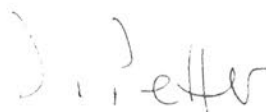
Längerfristig werde sich in New York ein "politisches" Zentrum herausbilden, eventuell würden die Menschenrechtsfragen wegen ihrer wichtigen politischen Dimension von Genf nach New York verlegt. In Wien könnten neue Fragen behandelt werden, welche einen Bezug zu den dort bereits existierenden Institutionen hätten, so etwa Probleme der Umweltverschmutzung ("Pollution") und Fragen im Bereich Weltraum, Wissenschaft, Technologie. Eine Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen UNO-Zentren müsse vermieden werden, so sollen keine der in Genf angesiedelten Institutionen nach Wien verlegt werden.

Die nächste Zukunft für Genf werde sich insofern als schwierig erweisen, als sowohl im CCQAB als auch in der 5. Kommission mit Widerstand gegen einen weiteren Ausbau zu rechnen sei, solange die Zukunft Wiens nicht entschieden sei. Auf längere Sicht seien jedoch keine Probleme zu erwarten. Genf werde seine traditionelle Funktion im Wirtschafts- und Sozialbereich und bei der Abrüstung, sowie bei juristischen Fragen ("legal affairs") halten können.

KJP legt die schweizerische Position im Bezug auf Montbrillant dar und erwähnt speziell die politischen Strukturen in der Schweiz und in Genf, welche zur Komplexität beitragen. Der schweizerische Ansatz entspreche jedoch grundsätzlich dem "approach" der UNO, nach dem den einzelnen Standorten vermehrt thematische Schwerpunkte zugewiesen werden sollen.

V. äussert Verständnis und meint, mit der Erarbeitung eines Globalkonzepts sollte nicht mehr lange zugewartet werden, da sich ständig neue Staaten für die Ansiedlung von UNO-Institutionen interessieren, was zu einer kostspieligen Verzettlung führen könne.

Diesen Fragen komme im UNO-Generalsekretariat momentan nur eine niedrige Prioritätsstufe zu, deshalb müsste die Initiative von den Mitgliedstaaten ausgehen. Allerdings hätten etwa die USA, Grossbritannien und Frankreich nur ein geringes Interesse an der Erarbeitung eines solchen Konzepts, und würden eine allfällige österreichische Initiative kaum unterstützen. Hingegen würden sich wohl Deutschland und Japan hinter einen solchen Vorstoss stellen, da sie selbst gern "a piece of the cake" hätten.



D. Petter

Gespräch von Herrn Botschafter Keusch (KJP) mit Dr. Gerhard Rainer (R.), Leiter der Abteilung "Wissenschaft, Forschung, Weltraum, Erziehung" im österreichischen Ausserministerium, Wien, 12.6.1991

Weitere Gesprächsteilnehmer: Herr Loeliger, Botschaft Wien, und Frau Petter, EDA/DIO (Protokoll)

1. Die Zusammenarbeit mit Osteuropa

R. schlägt als **erstes Gesprächsthema** die Diskussion der **Zusammenarbeit mit Osteuropa** vor. Er beginnt seine Darlegungen mit einer Beschreibung der Zusammenarbeit im Rahmen der **Pentagonale** (beteiligte Länder: Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien und Oesterreich), welche für Oesterreich ein zentrales Element der Zusammenarbeit mit Osteuropa darstelle.

Das oberste Führungsorgan der Pentagonale sind die **Regierungschefs** der beteiligten Länder. Auf zweiter Stufe finden sich die **Aussenminister**, ihnen unterstellt sind **Arbeitsgruppen**, welche für **spezifische Bereiche** eingesetzt werden.

Auf dem Gebiet der **wissenschaftlichen Zusammenarbeit** bestimmt jedes Land einen Koordinator, der sein Land in der Arbeitsgruppe vertritt und gleichzeitig für die Verbindung im Inland zu anderen Ministerien, zur Industrie und mit der Wissenschaft zuständig ist. Die Arbeitsgruppe prüft die ihr vorgelegten Projekte darauf, ob sie als offizielle Projekte der Pentagonale durchgeführt werden könnten. Es gibt jedoch keinen gemeinsamen Fonds, sondern jedes Land finanziert seinen eigenen Input.

Weitere Bereiche der Zusammenarbeit im Rahmen der Pentagonale sind beispielsweise der **Kulturbereich**, hier werden gemeinsame Ausstellungen durchgeführt oder die direkte Zusammenarbeit zwischen Universitäten gefördert, sowie der **Umweltbereich**.

Auf eine Frage von KJP nach anderen Formen der Zusammenarbeit mit Osteuropa erklärt R., Oesterreich sei zwar auch an den Projekten und den Arbeiten der G24 beteiligt, es messe jedoch den **bilateralen Beziehungen** eine höhere Priorität zu. Die Zusammenarbeit beruhe zu einem grossen Teil auf **direkten und persönlichen Kontakten**, welche bereits in einer Zeit geknüpft wurden, als die jetzigen Verantwortlichen noch in der Opposition zu den damaligen Regierungen standen. Durch seine unmittelbare **Nachbarschaft** mit osteuropäischen Staaten sei Oesterreich durch die Umwälzungen im Mittel- und Osteuropa direkter betroffen als die Schweiz.

Im Gegensatz zur Schweiz verfügt Oesterreich nicht über einen globalen Osteuropakredit, sondern führt die **Finanzplanung nach Einzelbereichen getrennt** durch. Für das Gebiet Erziehung ist ein Betrag von 50 Millionen Schilling, verteilt auf 5 Jahre, vorgesehen, im Kulturbereich stehen für dieselbe Zeitspanne 80 Millionen Schilling zur Verfügung. Das Aussenministerium koordiniere die Zusammenarbeit (oder vielmehr, korrigiert sich R., es versuche dies zu tun) und habe den Personalbestand seiner mittel- und osteuropäischen Vertretungen deutlich erhöht.

R. nennt **zwei Projekte**, welche seiner Ansicht nach auch für die Schweiz von Interesse seien könnten: Die **Deutschkurse**, welche Oesterreich für osteuropäische Sprachlehrer durchführt, sowie ein Projekt, welches die **Ausstattung von Bibliotheken** in Mittel- und Osteuropa mit Büchern, Zeitschriften und Zeitungen vorsieht.

2. Zusammenarbeit Schweiz - Oesterreich im Kulturbereich

Die **direkte bilaterale Zusammenarbeit** im Kulturbereich **funktioniert gut**, Verbesserungen drängen sich nicht auf. Interessant wäre jedoch gemäss R. eine **Intensivierung der Zusammenarbeit in Drittländern**. Für Oesterreich stellt sich scheinbar in stärkerem Mass als für die Schweiz das Problem, dass es als deutschsprachiges Land teilweise nicht als eigenständiger Kulturraum wahrgenommen wird, sondern oft mit Deutschland in einen Topf geworfen wird. Aus diesem Grund stellt sich für die Kulturverantwortlichen im Aussenministerium immer wieder die Frage, wie weit im Ausland mit Deutschland (Goethe-Institut) zusammengearbeitet werden soll, und wie weit Oesterreich darauf achten soll, eine gewisse Distanz zu wahren. Trotzdem ist Oesterreich als kleines Land nicht in der Lage, zahlreiche grosse Projekte im Ausland allein durchzuführen. R. könnte sich deshalb eine häufigere Zusammenarbeit mit der Schweiz vorstellen, beispielsweise in Osteuropa oder auch in Ländern der dritten Welt. Konkret schlägt er vor, dass die Schweiz prüft, ob sie an einer Beteiligung des österreichischen Bibliothekenprojekts in Osteuropa interessiert wäre. KJP schlägt R. vor, demnächst in die Schweiz zu kommen, um im Rahmen von bilateralen Kulturgesprächen über Möglichkeiten einer intensivierten Zusammenarbeit zu diskutieren.

3. UNESCO

R. dankt der Schweiz für ihre **Unterstützung der österreichischen Kandidatur für den Exekutivrat der UNESCO**. Besonders erwähnt er den schweizerischen Delegationschef in Paris, mit dem die Zusammenarbeit ausserordentlich gut sei.

4. CERN

Gemäss R. haben es die mittel- und osteuropäischen Länder nicht sonderlich eilig, dem CERN bereits jetzt beizutreten, da die Mitgliederbeiträge im Verhältnis zu den zu erwartenden Vorteilen sehr hoch seien.

5. ESA

R. weist auf den unterschiedlichen Industrierückfluss der Schweiz und Oesterreichs hin: während die Schweiz auf eine Rückflussquote von 0.909 komme, betrage sie für Oesterreich lediglich 0.87.



D. Petter

Gespräch von Herrn Botschafter Keusch (KJP) mit Walter Lichem (L.), Chef der Abteilung Internationale Organisationen im österreichischen Aussenministerium, Wien, 13. Juni 1991

Weitere Gesprächsteilnehmer:

Auf österreichischer Seite nehmen neben L. seine Mitarbeiterin Franziska Friessnigg, Gesandter Ewald Jäger (Stellvertreter des Ständigen Vertreters Oesterreichs bei den Vereinten Nationen in Wien), Gesandter Georg Polyka (Umweltfragen) sowie weitere Spezialisten des Ministeriums, welche zu den sie betreffenden Themen referieren, am Gespräch teil. KJP wird begleitet durch Botschafter Vettovaglia, Minister Luciri und Frau Petter.

1. Die UNO nach der Golfkrise

Gemäss Lichem handelt es sich beim Vollzug der gegen Irak verhängten Sanktionen eher um eine politische als um eine wirtschaftliche Frage. Das Aussenministerium stehe aber in engem Kontakt mit der österreichischen Nationalbank und mit dem Finanzministerium. Irak, dem die Verantwortung für den Golfkrieg zukomme, werde für die dabei entstandenen Schäden zu bezahlen haben. Es sei jedoch wichtig, ihm für die Zahlungen eine angemessene Frist einzuräumen. Irak werde auch die Arbeiten des in Genf angesiedelten Entschädigungsfonds sowie der Spezialkommission für die Abrüstung Iraks zu finanzieren haben. Die von diesen Gremien bereits jetzt benötigten Mittel würden ihnen aus dem regulären UNO-Budget vorgeschossen und seien später durch Irak zurückzuerstatten.

Da diese Situation einen bedeutenden Präzedenzfall darstelle, müsse sie sehr sorgfältig gehandhabt werden. Insbesondere sei darauf zu achten, dass die Grundbedürfnisse der Zivilbevölkerung gedeckt würden. Auch müsse vermieden werden, dass die Behandlung Iraks in einen Zusammenhang mit der sich vertiefenden Nord-Süd-Kluft gestellt werde.

2. Peace Keeping

Einleitend beschreibt L. die veränderte Bedeutung der friedenserhaltenden UNO-Aktionen: Sie sind "globalisiert" worden und beschränken sich nicht mehr auf die traditionellen Einsatzgebiete im Mittleren Osten. Gleichzeitig nimmt die Dimension "Menschenrechte / Demokratie" zu, wie letztes Jahr in Haiti und demnächst in Angola und eventuell sogar in Aethiopien. Für Oesterreich stellt die Beteiligung an friedenserhaltenden Aktionen der UNO ein wichtiges Element der Aussenpolitik dar, das auch in der Bevölkerung

auf breite Unterstützung stösst. Bisher haben schätzungsweise 37'000 Oesterreicher Erfahrungen als Blauhelme.

L. schlägt vor, dass die Schweiz und Oesterreich **überprüfen**, inwieweit auf diesem Gebiet **eine bilaterale Zusammenarbeit möglich beziehungsweise wünschbar** wäre. KJP entgegnet, dass eine Zusammenarbeit für die Schweiz sehr wertvoll wäre, da sie auf dem Gebiet des UNO-Peace Keepings bisher kaum über Erfahrungen verfügt, jedoch die Absicht hat, sich in Zukunft stärker an friedenserhaltenden Aktionen der UNO zu beteiligen. Als Beispiele erwähnt er unsere Teilnahme an der MINURSO und die Blauhelmbotschaft, welche gegenwärtig durch die Verwaltung ausgearbeitet wird.

Gemäss L. sollte die Frage einer eventuellen Zusammenarbeit zunächst einmal zu einem **aktuelle Diskussionsthema** der bilateralen Beziehungen erklärt werden. Anschliessend könne dann über die **Gebiete der Zusammenarbeit** gesprochen werden, beispielsweise an einer gemeinsamen Sitzung, zu der auch das Verteidigungsministerium bzw. das EMD beigezogen würde. Als **Fernziel** nennt er die Möglichkeit, dass die Schweiz und Oesterreich nach dem Vorbild der Nordischen Staaten **gemeinsam bestimmte Elemente** im Rahmen von friedenserhaltenden Aktionen der UNO anbieten.

Bereits im Zusammenhang mit der Abrüstung Iraks habe Oesterreich verwaltungsintern darüber diskutiert, die Schweiz anzufragen, ob sie daran interessiert wäre, gemeinsam mit Oesterreich ein Team von Chemiewaffenexperten zur Verfügung zu stellen. Das Thema habe sich dann aber als zu komplex erwiesen, da die Aufgabe dieser Experten sehr technisch und zudem auch recht gefährlich sei.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs stellt sich auf eine entsprechende Frage von KJP heraus, dass die die Teilnahme an friedenserhaltenden Aktionen betreffenden **Verwaltungsstrukturen** in den beiden Staaten **verschieden** sind. Während in der Schweiz das EDA und das EMD über zwei getrennte Budgets für diese Aufgaben verfügen, wird die Beteiligung am UNO-Peace Keeping in Oesterreich ausschliesslich über das Budget des Verteidigungsministeriums finanziert.

3. Europäisches Katastrophenhilfekorps

Im Januar dieses Jahres liess die österreichische Botschaft dem EDA den Entwurf eines europäischen Uebereinkommens über die **koordinierte Hilfeleistung bei Katastrophen** zukommen. Dieser Entwurf wird gegenwärtig in der Bundesverwaltung geprüft. KJP erklärt den österreichischen Gesprächspartnern, dass er zu diesem Zeitpunkt noch keine Stellung zu diesem Entwurf beziehen könne. Die Schweiz werde jedoch auf den österreichischen Vorschlag zurückkommen.

Nach **österreichischer Ansicht** besteht kein Widerspruch zwischen einem allfälligen **gesamteuropäischen Abkommen** über die Katastrophenhilfe und **bilateralen Einzelverträgen**.

Oesterreich selbst habe bereits ein Abkommen mit Deutschland und plane den Abschluss weiterer Verträge mit Ungarn und mit der Tschechoslowakei. Was den vorliegenden Entwurf betreffe, so hätten die folgenden Länder grundsätzlich positiv reagiert: Luxemburg, Norwegen, Ungarn, Polen, Schweden, Sowjetunion, Jugoslawien, Bulgarien, Tschechoslowakei. Die Türkei habe sich nicht festlegen wollen. Negative Reaktionen seien aus England sowie aus Deutschland eingetroffen.

Wichtig sei vor allem, dass ein solches europäisches Abkommen nicht auf die europäische Gemeinschaft beschränkt bleibe, sondern ganz Europa umfasse.

4. Umwelt - Vorbereitung der UNCED

Der für Fragen in Zusammenhang mit der Vorbereitung der UNCED zuständige Gesprächsteilnehmer hält es für **wahrscheinlich**, dass es der Konferenz gelingen wird, eine Reihe von **Konventionen** zu erarbeiten, die für die zukünftige internationale Zusammenarbeit in Umweltfragen einen nützlichen Rahmen bieten würden, etwa in den Bereichen **Klima, Biodiversität, Weltraum und lebende Meeresressourcen**. Was die **Organisation** der Behandlung von Umweltfragen im System der Vereinten Nationen betreffe, so müsse man im Moment noch von den **bestehenden Strukturen** ausgehen, es sei jedoch möglich, dass das UNEP und die Institutionen der UNCED zu einem späteren Zeitpunkt **zusammengelegt** werden würden.

Die **wichtigsten offenen Fragen** aus österreichischer Sicht seien **Technologietransfer, umweltverträgliche Entwicklung** und die **Reduktion von Schadstoffemissionen**. Gegenüber diesen grossen Problemen sei die internationale Gemeinschaft **beinahe völlig hilflos und unfähig**, darauf angemessen zu reagieren. Das UNO-System habe versagt. Auch der **bisherige Vorbereitungsprozess** für die UNCED, welcher der aufwendigste in der bisherigen Geschichte des UNO-Systems sei, habe die in ihn gesetzten **Erwartungen bisher nicht befriedigen** können. **Trotzdem erhoffe sich Oesterreich gewisse Fortschritte** von der UNCED. Wichtig sei vor allem, dass die **Prioritäten** identifiziert würden, und dass die für die Umsetzung der Arbeiten und die Implementierung der Konventionen **nötigen Strukturen** geschaffen würden.

KJP teilt diese vorsichtige Einschätzung der Erfolgchancen der UNCED. Als eine der **Schwierigkeiten** nennt er die zu erwartende **Konfrontation zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern**. **Positiv** sei dagegen einzuschätzen, dass auch die **Privatindustrie** an der UNCED teilhaben wird, was sich gerade für das Problem des Technologietransfers als **wichtig** erweisen könnte. Zudem würde die UNCED schon sehr viel erreichen, wenn sie in Staaten der Dritten Welt eine **verstärkte Sensibilisierung** für Umweltprobleme auslöste.

Die Vorbereitung der UNCED wird in Oesterreich durch eine ad-hoc Kommission, welche durch das Umweltministerium präsi- diert wird, durchgeführt. Ebenfalls in dieser Kommission vertreten sind die Entwicklungsabteilung, das Wirtschafts- ministerium und die Industrie. Der gegenwärtige Schwerpunkt der Arbeiten ist der für die UNCED bestimmte "National Report". Dieser Bericht beginnt mit einem Ueberblick über die natürlichen Ressourcen Oesterreichs, das "Umweltvermögen". Anschliessend wird die gegenwärtige Umweltpolitik Oesterreichs beschrieben, gefolgt von einem Programm, welches die Anpassung dieser Politik an die heutigen Anforderungen beinhaltet. Oesterreich sieht die UNCED als nützlichen Impuls, der eine Reaktivierung seiner Umweltpolitik auf nationaler und internationaler Ebene ausgelöst hat.

5. Sitzstaatfragen

Lichem eröffnet die Diskussion mit der Feststellung, Wien als UNO-Sitz sei "historisch gewachsen", jetzt gehe es darum, die bestehenden Strukturen effizienter zu gestalten. Eine zentrale Frage, die es dabei zu lösen gelte, sei die Verteilung der von der UNO behandelten Themen auf die verschiedenen Sitze der Organisation. Das dabei vor allem von den Vereinigten Staaten in den Vordergrund gestellte Kriterium sei ein effizientes Management. Zusammen mit der aktuellen Diskussion um die Strukturen (Begriff der "Unitary UN") könne dieses Kriterium zu weitaus grösseren Umwälzungen führen als der Gebäudebericht von Richard Foran.

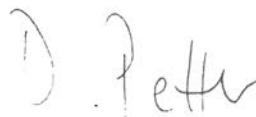
Allerdings seien die eher theoretischen Pläne der UNO vom praktisch Machbaren zu unterscheiden. Die Idee, die Menschenrechte und die Umweltfragen von Genf nach New York zu verlegen, und dafür das UNDP und den UNICEF in Genf anzusiedeln, würde nur schon daran scheitern, dass die Mitarbeiter nicht umziehen wollen. Zudem sei Genf de facto bereits zum Umweltzentrum geworden.

Eine Trennung des Wirtschaftsbereichs vom Sozialbereich könnte sich als sinnvoll erweisen, da die Behandlung sozialer Fragen stark unter der Verschmelzung ("fusion") mit Wirtschaftsfragen gelitten habe.

Oesterreich sei daran interessiert, die Abrüstung im Chemiewaffenbereich in Wien anzusiedeln, dies müsse nun mit anderen Mitgliedstaaten diskutiert werden.

Durch die "Amtssitzabkommen" mit der UNO ist Oesterreich verpflichtet, den Vereinten Nationen in Wien gratis Büroräume zur Verfügung zu stellen. Die weitere Entwicklung der Infrastruktur soll in drei Phasen verlaufen. Erstens gehe es darum, die dringendsten Bedürfnisse der UNO dadurch zu decken, dass in der Stadt Büros für rund 200 Arbeitsplätze gemietet werden. Zwar sei das für 4600 Personen geplante UNO-Zentrum erst von 4200 Angestellten belegt, trotzdem beklagten sich die Mitarbeiter der Organisationen über

Platzmangel. Zum Teil liege das daran, dass sich dort auch "UNO-fremde" Büros wie etwa Banken oder Reisebüros eingemietet hätten, andererseits sei aber auch noch nie untersucht worden, wie effizient der Platz in den UNO-Gebäuden tatsächlich genutzt werde. In einer zweiten Phase würden zwei neue Bürohochhäuser erstellt, welche 1995/96 bezugsbereit sein sollten. In der dritten Phase schliesslich sollten bis 2010 noch einmal zwanzig Stockwerke zur Verfügung gestellt werden. Die langfristige Planung sei allerdings eher schwierig, da die UNO selbst jetzt noch keine Angaben über ihre Bedürfnisse in 20 Jahren machen könne.



D. Petter